



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 53

P/VI/56

7. März 1951.

Hinweise
auf den Inhalt:

Ein Versuch, Gesetzesbruch zu legalisieren	S.1
Der Schumanplan in Frankreich	S.3
Ernst Heilmann	S.5
Auch der Geist der Revision ist klein	S.6

Kronjurist Dehler

dg. Wenn die von Dr. Adenauer in diesen Tagen ins Bundeskanzleramt engagierten Regierungspropagandisten, offiziöse Verlautbarungen nennen sie schamhaft "publizistische Sachverständige", einige Zeit früher ihr bemitleidenswertes Amt angetreten hätten, hätte sich ihnen eine seltene Gelegenheit geboten, ihre Bewährungsprobe im Dienste der Bonner Regierung abzulegen. Es ging nämlich darum, der Öffentlichkeit zu beweisen, dass von der Regierung geduldete Gesetzesübertretungen gar keine Gesetzesübertretungen seien. Der Regierungssprecher, der sich dieses heiklen Auftrages zu entledigen hatte, scheiterte auf der ganzen Linie, denn die Fakten sprachen gegen ihn.

Da war das Preisgesetz, dessen erster Paragraph klar und deutlich sagt, dass die vom Bundestag beschlossenen Festpreise für Getreide wegen ihrer grundlegenden Bedeutung für die Lebenshaltung ohne Zustimmung des Bundestages nicht geändert werden dürfen. Dann kam der denkwürdige Beschluss der Bundesregierung, der die Preisbehörden auffordert, bei Preisüberschreitungen bis zum Betrag von 420.- DM - gesetzlicher Festpreis: 320 DM - für Weizen und bis zu 380.- DM - Festpreis: 280.- DM - für Roggen nicht einzuschreiten. Und schliesslich stand über beiden Tatbeständen drohend der Paragraph 346 des Strafgesetzbuches, der mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren droht, wenn ein Beamter, der vermöge seines Amtes zur Mitwirkung bei einem Straf-

verfahren berufen ist, wissentlich jemand der gesetzlichen Strafe entzieht. Der Beschluss der Bundesregierung war somit nichts anderes als eine Ermunterung der Preiskontrolleure zum Gesetzesbruch.

Es bedurfte fast einer ganzen Woche, bis die Koalition auf den Gedanken verfiel, diese Situation als harmlos darzustellen. Das sollte Bundesjustizminister Dr. Dehler tun, der sich in juristisch und politisch diffizilen Situationen schon immer einen umstrittenen Namen zu machen verstanden hat. Dieser also sprach: Bei Preisüberschreitungen besteht nicht ohne weiteres für den Staat eine Pflicht zur Strafverfolgung, sondern diese ist eine Frage der Opportunität. Das Bundeskabinett hat sich auf den Standpunkt gestellt, dass eine Strafverfolgung bei Preisüberschreitungen unterhalb der genannten Grenze angesichts der eingetretenen wirtschaftlichen Gesamtlage nicht opportun sei.

Das Bundesjustizministerium hat dann sogar die juristische Untermauerung des rechtswidrigen Beschlusses der Regierung versucht und erklärt, dass nach dem Wirtschaftsstrafgesetz die Verfolgung von "Ordnungswidrigkeiten im Preiswege in Ermessen der Preisbehörden" liege. Die Regierung habe also - so wird argumentiert - nur einen nicht bindenden Hinweis an die Preisbehörden gegeben, Verstöße nicht zu verfolgen.

Es ist an der Zeit, dass die Obersten Bundesgerichte endlich ihre Tätigkeit aufnehmen, damit im Interesse der Rechtsautorität und des Ansehens der parlamentarischen Demokratie endlich klargestellt werde, dass auch eine Bundesregierung verpflichtet ist, vom Bundestag beschlossene Gesetze zu achten, selbst dann, wenn es darum geht, wirtschaftspolitische Bankrotterscheinungen zu tarnen.

+ + +

Freunde und Gegner des Schumanplanes in Frankreich

A.F. Paris, Anfang März.

In Erwartung der Paraphierung und Unterzeichnung des Schumanplanes mag es angebracht sein, einen kurzen Überblick zu geben über die Einstellung der verschiedenen französischen Kreise zu diesem ersten gesamteuropäischen Versuch. Der Rücktritt Plevens hat auf diese Situation keinerlei Einfluss. Im Parlament ist dem Plan eine Mehrheit gewiss.

In der Wirtschaft wird der Schumanplan restlos von der Landwirtschaft gebilligt. Für sie gilt der Schumanplan als Vorbereitung einer von den französischen Bauern benötigten und erwarteten europäischen Markterweiterung. Den Bauern zur Seite stehen Stahlverbraucher, deren Hauptwunsch die Auflösung des französischen Stahlkartells ist. Sie hoffen, unter dem Schumanplan mit Rohstoffen versorgt zu werden.

Die Haltung der nichtkommunistischen Gewerkschaften war zunächst etwas zögernder, sie liessen sich aber schliesslich von der Nützlichkeit des Schumanplanes überzeugen. Die einzelnen sozialen und anti-monopolistischen Bestimmungen des Vertragsentwurfes werden in diesem Lager zwar nicht als restlos befriedigend, aber immerhin als einigermaßen ausreichend angesehen. Zu den Freunden des Schumanplanes gehören in der Abteilung Wirtschaft schliesslich die nichtmarxistischen Planwirtschaftler, das ist eine Gruppe französischer Intellektueller, deren Einfluss nicht unterschätzt werden sollte.

Der erbittertste Gegner des Schumanplanes ist in Frankreich die Schwerindustrie, d.h., die in ihren Kartellabsichten bedrohte Stahlindustrie. Mit halbem Herzen unterstützt sie, weitgehend aus Solidaritätsgründen, der französische Unternehmerverband, dessen Einstellung allerdings nicht einheitlich ist. Die Wirtschaftsliberalisten lehnen ihrerseits den Schumanplan als planwirtschaftliches Experiment ab. Sie beanstanden immer wieder die Machtbefugnisse der Hohen Behörde und sehen darin eine bedenkliche Beschränkung der Privatinitiative.

Auf politischer Ebene ist keine klare Trennungslinie zu ziehen. Eine Ausnahme bilden lediglich die Kommunisten, die jeden Versuch einer engeren, europäischen Zusammenarbeit grundsätzlich vereiteln

wollen. Das konservative Lager ist in seinen Ansichten über den Schumanplan geteilt. Abgelehnt wird er von denjenigen Persönlichkeiten, die entweder der Stahlindustrie nahestehen oder jeden planwirtschaftlichen Gedanken verdammen, und schliesslich von denen, die ewig unter dem Alldruck der deutschen Gefahr und Vorherrschaft leben.

Unterstützt wird der Schumanplan politisch zunächst von der französischen Europabewegung. Diese Gruppe reicht von dem Sozialisten André Philip bis zu dem Konservativen Paul Reynaud. Die Volksrepublikaner, also die Partei Schumans, wissen nicht immer recht, wo sie hin sollen, was sich teilweise durch ihre uneinheitliche, soziale Zusammensetzung erklärt. Das Misstrauen gegenüber Deutschland ist ihnen nicht immer unbekannt und verdrängt mitunter ihre europäischen Ziele und Absichten. Die Sozialisten schliesslich vermieden bisher eine klare Entscheidung. Sie befürchten, dass die Hohe Behörde von privatwirtschaftlichen Gruppen beherrscht werden könnte. In den letzten Wochen neigten die französischen Sozialisten offensichtlich stärker dazu, den Schumanplan in seiner jetzigen Form zu billigen.

+ + +

Skispringen noch nicht entnazifiziert

K.R.K. Oslo, Anfang März.

Die Frage ist noch immer offen, ob die Deutschen 1952 zu den olympischen Winterspielen in Oslo zugelassen werden sollen. Das Olympische Komitee soll auf seiner nächsten Zusammenkunft im Mai darüber beraten. Der Widerstand gegen die Zulassung der Deutschen geht besonders von den Norwegern aus. Im Regierungsorgan "Arbeiderbladet" wurden kürzlich die Gründe dargelegt, die für die Stellungnahme der Norweger massgebend sind.

Einer positiven Versicherung des Präsidenten des norwegischen Olympischen Komitees, Olav Ditlev Simonsen, stehe ein der nächsten Sitzung vorliegender Nichtzulassungsantrag entgegen, wobei "mehr das Problem der deutschen Sportführer als das der aktiven Sportler für diese Haltung bestimmend ist". Es handle sich besonders um Ritter von Halt, dem vorgeworfen wird, dass er 1944 nazistischer "Reichssportführer" wurde. Der andere Angegriffene ist Carl Diem. Diem hat das Reichssportfeld in Berlin geschaffen. "Arbeiderbladet" zitiert

in diesem Zusammenhange die Angriffe, die von den deutschen Sportsleuten Will Meisl und Alex Natan - dieser ist jetzt englischer Staatsbürger - im "Sportsmann" gegen von Halt und Diem gerichtet wurden.

Der Gesichtspunkt, dass der deutsche Sport von heute auf ausländische Zensuren eventuell verzichten kann, ist in der Darlegung von "Arbeiderbladet" nicht zum Ausdruck gekommen.

+ + +

E r n s t H e i l m a n n

- - - - -

Der ehemalige Führer der sozialdemokratischen preussischen Landtagsfraktion hätte am 13. April das 70. Lebensjahr erreicht.

Dr. Sch. Der 1940 im KZ Buchenwald zu Tode gequälte ehemalige Führer der sozialdemokratischen Fraktion des preussischen Landtags war einer der fähigsten Verwaltungsfachleute und Parlamentarier der Weimarer Republik. Heilmann übernahm nach Abschluss seiner juristischen Studien und nach einem kurzen Gastspiel in der königlich-preussischen Verwaltung mit 28 Jahren die Chefredaktion der "Chemnitzer Volksstimme". Seine scharfe Dialektik und seine juristische und volkswirtschaftliche Schulung stempelten ihn zu einem der führenden Köpfe der deutschen Sozialdemokratie.

Seine grosse Zeit erlebte Heilmann als Führer der sozialdemokratischen Fraktion des Preussen-Parlaments von 1919 bis 1933. Der Aufbau der demokratischen Verwaltung des grössten Polizeikörpers in der Weimarer Republik war neben Severing und Otto Braun in erster Linie sein Werk. Diese "Machtstellung" trug dem sozialdemokratischen und "nicht-arischen" Parlamentarier den Hass der Nazi in einem Masse ein, dass die Häftlingsjahre Ernst Heilmanns zu den unzweifelhaft furchtbarsten Martyrium des "Dritten Reiches" geworden sind.

Heilmann wehrte sich nach Hitlers "Machtergreifung", in die Emigration zu gehen. Im Juni 1933 wurde er verhaftet und in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert. Dort hatte er, wie mancher andere Sozialdemokrat, nicht nur unter der KZ-Bewachung, sondern auch unter den Pöbeleien der Kommunisten zu leiden. 1935 wurde er ins KZ Esterwegen überführt und dort schwer misshandelt. Sein Nervensystem brach unter den Schlägen der Nazi-Menker derart zusammen, dass sich die bestialischen Bewachungsleute die schlimmsten Peinigungen ausdenken konnten. Bei einem fehlgeschlagenen Fluchtversuch wurde Heilmann in die Beine geschossen. Schliesslich endete sein Martyrium im KZ Buchenwald. Seine Asche wurde in Berlin-Stahnsdorf neben der Urne Breitscheids beigesetzt.

+ + +

Der Geist der "kleinen" Revision

-dt. Ist man vom sachlichen Gehalt einer Neuregelung nicht befriedigt, dann pflegt man sie auf den Geist zu untersuchen, der bei ihrer Geburt Pate stand, damit man wenn schon nicht die Sache, so doch vielleicht den guten Willen loben kann. Wie weit ist dies bei der jetzigen sogenannten kleinen Revision des Besatzungsstatuts möglich?

Das Besatzungsstatut war am 10. April 1949 erlassen worden. Im Absatz 9 war vorgesehen, dass "nach 12 Monaten, mindestens aber innerhalb von 18 Monaten nach Inkrafttreten" das Statut überprüft werden solle. Im September 1950, also fast am Rande des selbstgesetzten Limits, wurden im New York die jetzt, ein halbes Jahr später, veröffentlichten Änderungen beschlossen. Damals lag der westlichen Welt noch der Schock des kommunistischen Überfalls auf Südkorea in den Gliedern, und genau damals wurde zum erstenmal das Projekt eines deutschen "Verteidigungsbeitrags" ventiliert. Man muss also annehmen, dass die beschlossenen Erleichterungen unter dem Druck der weltpolitischen Ereignisse zustandekamen, weniger deshalb, weil man Westdeutschland für reif hielt, sich selbst zu regieren.

Seither ist die Entwicklung nicht stehengeblieben, der deutsche "Verteidigungsbeitrag" nahm - auf dem Papier - konkretere Formen an, und General Eisenhower kam nach Deutschland. Ehe er es verliesse, sagte er, dass eine völlige Gleichberechtigung Deutschlands Voraussetzung jeder Einbeziehung in die Westverteidigung sei. Trotzdem wurde die jetzige Revision des Besatzungsstatuts verkündet, die zwar das Besatzungsregime in einzelnen Dingen mildert, der Bundesrepublik sogar ein halbautonomes Außenministerium zubilligt, aber an Prinzip der Bevormundung wenig ändert. Will man damit - hinzugerechnet die kürzlich erfolgte Unterbrechung der Gespräche Speidel-Heusinger mit alliierten Militärs - demonstrieren, dass der deutsche Verteidigungsbeitrag mit Rücksicht auf die Vierer-Konferenz ad acta gelegt werden ist? Doch wohl kaum, denn wie von ungefähr findet sich in dem Communiqué der Hohen Kommission, das den Revisionsbestimmungen vorausgestellt ist, folgender Satz: "Weitere Schritte in dieser Richtung sollten sich aus den Brüsseler Beschlüssen der Außenminister vom Dezember 1950 ergeben, denen zufolge Verhandlungen mit Bevollmächtigten

der Bundesrepublik zur Schaffung vertraglicher Beziehungen im Zusammenhang mit der Einbeziehung Deutschlands in die gemeinsamen westlichen Verteidigungsanstrengungen aufzunehmen sind". Also doch.

So betrachtet lässt die Neuregelung die Schwerfälligkeit des alliierten Apparats erkennen und jede klare Linie vermissen; allzu deutlich wird das Kompromiss zwischen dem ablehnenden französischen, zögernden englischen und vorantreibenden amerikanischen Partner. Von Morgenthau bis Eisenhower, vom halbautonomen Aussenministerium bis zur Aufrechterhaltung des Verbots gewisser, für eine wirtschaftliche Erholung Deutschlands unerlässlicher Industrien, spannt sich der Bogen alliierter Differenzen. Gewiss ist mehr versprochen worden und gewiss wird es auch kommen, aber warum zielt man sich, den Strich unter die Vergangenheit mit einem Mal zu ziehen? Nicht nur die Revision, auch der Geist dieser Revision erwies sich als klein.

Zugegeben, Stalin hat es leichter, weil er allein ist und die wirklichen Kompetenzen des Aussenministers Dertinger sind bestimmt nicht attraktiv für das, was Stalin der Ostzone gegeben hat, aber etwas mehr Grosszügigkeit, etwas mehr Anpassung an die Gegebenheiten würden den Alliierten in Gesamtdeutschland und auf der Vierer-Konferenz, sofern es dazu kommt, den Stand gegenüber Stalin in puncto Deutschland wesentlich erleichtern. Nicht zuletzt auch der Bundesrepublik ihren Kampf um die Ostzone.

+ + +

Aus der Ostzonen-Presse:

Kultur laut Kneschke

(sp) Auf der Funktionärtagung des deutsch-sowjetischen Kulturbundes in Halle gab Bundessekretär Karl Kneschke folgende Definition des Begriffs "Kultur": "Wenn wir den Begriff Kultur klären, dann kann es nicht vorkommen, dass irgendwo in der SED oder im FDGB oder irgendwo anders Leute sitzen, die erklären, die Kultur kommt an letzter Stelle. Denn es wäre eine Verleumdung der SED und des FDGB, wenn wir diese Organisation, bzw. diese Partei als kulturlos bezeichnen wollen. Sie verlangen, dass auf der ganzen Linie Kulturfunktionäre sitzen, die alle verstehen, um was es sich handelt. Das können sie nicht verlangen . . .".

+ + +

Schulkinder klären auf

(sp) Der "Freiheit" (SED Sachsen-Anhalt) entnehmen wir u.a.: "In allen Schulen des Ortes Rossleben, Kreis Querfurt wurden am 31. Januar die Regierungserklärung Otto Grotewohls und der Appell der Volkskammer an den Bundestag in Bonn in einer Unterrichtsstunde eingehend behandelt. Daraufhin bildeten die Schüler und Schülerinnen der 10. und 11. Klasse der Goethe-Schule 37 Aufklärungsgruppen, die am Nachmittag des 31. Januar über 100 Familien in Rossleben besuchten und mit ihnen über die Bedeutung dieser Friedensdokumente diskutierten".

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt.